IMT Nuremberg Archives

H – 2135

International Court of Justice

"Exhibit Ri. Nr. 207"

H2135 - 0002

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 456

Der Fuehrer an den Britischen Premierminister Chamberlain, 23. Aug. 1939

Den 23. August 1939

Euer Exzellenz!

Der Koeniglich Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben ueberreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von groesster Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil - wenn auch leider vergebens - jahrelang bemueht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem grossen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar waeren.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber - wie jeder andere Staat - bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten, unmoeglich ist. Sie liegen nicht ausserhalb des Rahmens der durch die fruehere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besassen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch fuer jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehoeren die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmaenner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewusst. Hinzufuegen moechte ich noch, dass alle diese Gebiete, die in der vorher erwaehnten deutschen Interessensphaere liegen, und insbesondere, die seit 18 Monaten zum Reich zurueckgekehrten Laender ihre kulturelle Erschliessung nicht durch Englaender, sondern ausschliesslich durch Deutsche erhalten haben, und zwar zum Teil schon in und seit einer Zeit, die ueber tausend Jahre zurueckliegt.

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig grosszuegigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu loesen. Die von England ausgestreuten Behauptungen ueber eine deutsche Mobilmachung gegenueber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenueber Rumaenien, Ungarn usw., sowie die spaeter abgegebenen sogenannten Garantieerklaerungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch fuer Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umstaenden beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen koennte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung

H2135 - 0003

aufgefasst werden, nunmehr - gedeckt durch einen solchen Freibrief - eine Welle furchtbaren Terrors gegen die 1 ½ Millionen zaehlende Bevoelkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. Die Greuel, die seitdem dort stattfinden, sind fuer die Betroffenen entsetzlich, fuer das dabei zusehen sollende Deutsche Reich als Grossmacht unertraeglich. Der Freien Stadt Danzig gegenueber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, dass sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, dass sie nicht dulden wird, dass weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, dass sie nicht dulden wird, dass man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, dass sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Massnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, dass heisst, durch eine Art von Zollblockkade der Danziger Bevoelkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten, und dass sie auch nicht dulden wird, dass sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhaengig davon muessen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Loesung finden.

6. Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, dass Sie in jedem solche Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklaerung zur Kenntnis und versichere Ihnen, dass sie keine Aenderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung, dass Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist - wenn es von England angegriffen wird - darauf vorbereitet und dazu entschlossen. Ich habe schon oefter als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklaert, dass es ueber den Willen des neuen Deutschen Reiches keinen Zweifel geben koenne, lieber jede Not und jedes Ungluck und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preisgeben.

7. Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, dass die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmassnahmen durchzufuehren, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklaerungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpraesident, feststeht. Dies soll auch fuer Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militaerische Massnahmen ausser solchen defensiver Natur zu treffen, und - wie schon betont - nie beabsichtigte und auch fuer die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankuedigung, wie Sie sie, Herr Ministerpraesident, in Ihrem Schreiben mir bestaetigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Eurer Exzellenz mit, dass ich im Falle des Eintreffens dieser militaerischen Ankuedigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

"Exhibit Ri. Nr....."

H2135 - 0004

8. Die Frage der Behandlung der europaeischen Probleme im friedischen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Aenderung der Gesinnung der dafuer verantwortlichen Maechte kann auch eine Aenderung des Verhaeltnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe Zeit meines Lebens fuer eine deutsch-englishe Freundschaft gekaempft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie - wenigstens bisher - von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches ueberzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft aendern wuerde, koennte niemand gluecklicher sein als ich.

Adolf Hitler.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ...März 1946.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Ri Exhibit 201
April 10 Filed 1946

Filed April 10, 1946
[illegible]
Seq.

H-2135

Ri=Exhibit Nr. 201

Dokumentenbuch Seite

Dokumente Joachim von R i b b e n t r o p

201

H2135 - 0005